

# DIE KOMMUNALE

ZEITUNG

April 2005

**SONDERAUSGABE:**  
**SGK NRW Geschäftsbericht**  
**2002 bis 2005**

**Herzlich willkommen zur**  
**14. ordentlichen**  
**Delegiertenversammlung in Münster**



## SGK-Zukunftsforum

**Wandel als Chance**  
**Perspektiven unserer Städte**  
**und Gemeinden im**  
**demografischen Prozess**

Am 16. April 2005 um 14:00 Uhr im Congresszentrum  
der Halle Münsterland

Diskussionsforum u.a. mit:

Innenminister Dr. Fritz Behrens  
Bildungsministerin Ute Schäfer  
Sozialministerin Birgit Fischer

Anmeldung im Internet: [www.sgk-nrw.de](http://www.sgk-nrw.de)

**Ein Blick zurück nach vorn:**

## Gute Kommunalpolitik braucht sozialdemokratische Landespolitik!

„Mehrheit 2004“ – dieses Motto durchzog die Arbeit der SGK in den vergangenen Jahren, erst recht seit der letzten Landesdelegiertenversammlung am 5.10.2002 in Essen. Richtet man den Blick zurück, geschieht dies mit dem sprichwörtlich lachenden und weinenden Auge: Die Bundestagswahl am 22. September 2002 wurde entgegen allen Umfragen gewonnen, die SPD mit 38,5 Prozent stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. 2002 war leider auch der Beginn eines Stimmungsabschwungs bei der Wählerschaft als Folge des unabwendbaren Umbaus der Sozialsysteme, verbunden mit wirtschaftlicher Stagnation.

Nordrhein-Westfalen traf dies erst nach einer Reihe verlorener Landtags- und Kommunalwahlen mit der Europawahl im Juni 2004. Angesichts der wachsenden Bedeutung europäischer Politik ist die Vertretung durch gerade noch sieben NRW-Europaabgeordnete der SPD ein erheblicher Rückschlag.

### „DIE KOMMUNALWAHL - EIN ZEICHEN DES POLITISCHEN UMSCHWUNGS“

Vor dem Hintergrund dieser Stimmungslage blieb das Projekt „Mehrheit 2004“ zwar hinter dem selbst gesteckten Ziel zurück, die Schlappe von 1999 wieder wettzumachen. Dennoch war die Kommunalwahl ein Zeichen des politischen Umschwungs.

Der Zuwachs neuer Bürgermeister-, Landrats- und Oberbürgermeisterämter von 81 auf 105 ist beachtlich. Die spektakulären Verluste der CDU in vielen Landesteilen zeigen, dass sie nicht die Kommunalpartei in NRW ist. Die regional zurückgewonnenen Mehrheiten im Ruhrgebiet oder in Ostwestfalen sind ein deutliches Zeichen wiedergewonnener Stärke der SPD.

Das Resümee des zweieinhalbjährigen Zeitraumes seit der letzten LDV fällt deshalb zwar nicht uneingeschränkt, aber dennoch im Ergebnis positiv aus.

### „PARALLELE ZU 2000?“

Verbindet man den Rück- mit einem kurzen Zukunftsblick, erscheint folgende mögliche Parallele am Horizont: 1998 die Bundestagswahl nach 16 Jahren Kohl gewonnen, bereits 1999 dagegen die Europawahl und die Kommunalwahl 1999 verloren (das Ergebnis 2004 bewegt sich dazu auf gleicher Höhe); im Mai 2000 wurde die Landtagswahl dann von der SPD mit 42,5 Prozent erneut als stärkste Fraktion gewonnen. Findet auch dies seine Wiederholung am 22. Mai, werden die Menschen der SPD mit Ministerpräsident Peer Steinbrück ihr Vertrauen schenken.

Kommunale Mandatsträger sind gut beraten, ihre Möglichkeiten zur Unterstützung der SPD nach Kräften zu nutzen, denn sozialdemokratische Landespolitik war in NRW immer durch ihre Kommunalfreundlichkeit ausgewiesen.

### „EINE GUTE BILANZ“

Die Höhe des Steuerverbundes ist im Ländervergleich konkurrenzlos, trotz größter finanzieller Belastungen. Die Einfüh-



rung von Pauschalen beim Feuerschutz und im Sport- und Schulbereich ist im Sinne der lokalen Räte. Eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung auf hohem Niveau fördert die Lebensqualität in den Gemeinden. Die Grundlagen für ein neues kommunales Finanzmanagement ermöglichen moderne Haushaltspolitik. Eine dezentralisierte Bildungslandschaft stärkt die Kommunen, eine klar strukturierte Verwaltungsgliederung trennt zwischen staatlichen und kommunalen Aufgaben. Bürokratieabbau schafft neue Handlungsspielräume. Konnexität begrenzt staatliche Regelungsdichte schon aus Gründen der Finanzierung ihrer Folgen durch den Verursacher.

In all diesen und vielen weiteren Fragen hat die SGK in den vergangenen Jahren mit Landtag und Landesregierung überwiegend gut zusammengearbeitet.

### „WIR BRAUCHEN VERLÄSSLICHKEIT“

Die Aufzählung zeigt: Kommunalpolitik ist in unserem Land auf die Verlässlichkeit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung angewiesen. Wer wollte sich auf den für seine „Standhaftigkeit“ bekannten Herrn Rüttgers verlassen, der die Gewerbesteuer zum Abschluss freigegeben hat oder wer möchte sich von der FDP die wirtschaftliche Betätigung seiner Gebietskörperschaft verbieten lassen?

Wir treten entschieden dafür ein, dass die bisherige kommunale Gestaltungsfreiheit im Bereich der Daseinsvorsorge, die einen sehr wichtigen Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung darstellt, auch künftig erhalten bleibt.

Wir wollen bessere Voraussetzungen für die interkommunale und regionale Zusammenarbeit schaffen, die Dienstleistungen für die Bürgerschaft durch e-government verbessern, die Gemeindeordnung modernisieren, das Ehrenamt stärken, kurzum: Wir wollen eine lebendige kommunale Demokratie, lebenswerte und lebensfähige Städte und Gemeinden.

Am Tag unserer Landesdelegiertenversammlung sind es noch fünf Wochen bis zur Landtagswahl. Diese Zeit gilt es zu nutzen und für eine verlässliche Politik in unserem Land zu werben. Mit unserem Ministerpräsidenten Peer Steinbrück hat diese Politik ein unverkennbares und glaubhaftes Gesicht: Nicht mehr versprechen, als man halten kann und mit größtem Engagement den Weg in eine gute Zukunft gestalten, ohne die Spaltung unserer Gesellschaft zu riskieren. Das ist und bleibt das Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in unserem Land.

Dr. Gerhard Langemeyer  
Landesvorsitzender

Bernhard Daldrup  
Landesgeschäftsführer